

Tobias Hollitzer

## 15 Jahre Friedliche Revolution

Wenn von der Friedlichen Revolution in der DDR die Rede ist, denken die meisten – vor allem in den alten Bundesländern – an den Fall der Mauer am 9. November 1989. Dieses Ereignis sprach die Emotionen aller Deutschen, ob in Ost oder West, gleichermaßen stark an. Bis heute verstellt dieser Fokus aber eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1989 in der DDR, die zum gewaltfreien Sturz der 40 Jahre dauernden SED-Diktatur führten.

Die Friedliche Revolution des Jahres 1989 begann nicht erst im Herbst. Schon ab Jahresanfang hielt eine Vielzahl oppositioneller Aktivitäten SED, Polizei und Staatssicherheit in Atem. So versammelten sich am 15. Januar 1989 etwa 500 Bürger auf dem Marktplatz in Leipzig und forderten Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Nach einer kurzen Rede zogen sie durch die Innenstadt. Die Polizei löste den Zug auf, 53 Menschen wurden „zugeführt“, wie kurzzeitige Verhaftungen im DDR-Amtsdeutsch hießen. Ausgelöst hatten diese erste, nichtgenehmigte Demonstration der achtziger Jahre Flugblätter einer „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“. Die Mitglieder verschiedener Leipziger Basisgruppen waren beim Verteilen der rund 10 000 Exemplare beobachtet und verraten worden. Die Staatssicherheit verhaftete sie umgehend.

Die Verhaftungen lösten, ähnlich wie schon im Jahr zuvor in Berlin am Rande der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration, DDR-weite und internationale Proteste aus. Der bundesdeutsche und der amerikanische Außenminister gingen auf die Leipziger Ereignisse in ihren Reden zum Abschluss des 3. KSZE-Folgetreffens in Wien ein – entsprachen sie doch so gar nicht dem demokratischen Bild, das die DDR von sich selbst gern zeichnete. Die Folge des öffentlichen Protestes war, dass alle Verhafteten nach wenigen Tagen freigelassen und die Ermittlungsverfahren bereits am 24. Januar auf zentrale Weisung ohne weitere direkte Folgen für die Betroffenen eingestellt wurden. Noch ein Jahr zuvor hatten Wolfgang Templin, Bärbel Bohley und andere die DDR für ein halbes Jahr verlassen müssen. Nun war deutlich geworden, dass die SED-Führung ihre Gesetze zum Erhalt der Diktatur nicht mehr anwenden

konnte, wenn eine internationale Öffentlichkeit bestand.<sup>1</sup>

In den nächsten Monaten besuchten immer mehr Menschen die montäglichen Friedensgebete in der Nikolaikirche, protestierten öffentlich gegen Umweltverschmutzung, kulturelle Bevormundung oder die blutige Niederschlagung der Studentenproteste in China. Bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 gelang es an verschiedenen Orten erstmals, die Wahlfälschung der SED nachzuweisen.<sup>2</sup> Danach distanzierten sich auch viele, die bis dahin loyal zur SED gestanden hatten, vom System. Gleichzeitig verließen Zehntausende das Land in Richtung Westen. Auch diese Ausreiser sind ein wesentlicher, wenn nicht gar der wirksamste Teil der Oppositionsbewegung gewesen. Ende September eskalierten die Auseinandersetzungen, als Erich Honecker nach langer Krankheit den Dienst wieder aufnahm. In Dresden ging die Polizei ab dem 3. Oktober 1989 gewaltsam gegen Ausreiser vor, die auf die Züge aufspringen wollten, die mit den Botschaftsflüchtlingen aus der Tschechoslowakei gen Westen fuhren. Nachdem die Volkspolizei am Vortag erstmals mit Sonderausrüstung gegen die Montagsdemonstranten in Leipzig vorgegangen war, kam in Dresden zusätzlich die Nationale Volksarmee zum Einsatz.

Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, spitzte sich die Situation auch in Berlin, Plauen und anderen Städten dramatisch zu. Alle blickten am Montag, den 9. Oktober 1989, gebannt und auf das Schlimmste vorbereitet auf Leipzig. In der „Leipziger Volkszeitung“ hatte die SED den Montagsdemonstranten gedroht: „Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß mit der Waffe in der Hand!“<sup>3</sup> Obwohl mehr als 8 000

<sup>1</sup> Vgl. zu dieser Darstellung sowie zu den weiteren Ereignissen des Jahres 1989 in Leipzig: Tobias Hollitzer/Reinhard Bohse (Hrsg.), *Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution*, Fribourg 2000.

<sup>2</sup> Vgl. Hans Michael Kloth, „Vom Zettelfalten“ zum freien Wähler. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.

<sup>3</sup> Werktätige des Bezirkes fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 6. 10. 1989, S. 2.

Sicherheitskräfte in der Stadt zusammengezogen worden waren, wagten sich mindestens 70 000 Demonstranten auf die Straße, um gegen das Regime zu protestieren. Ihr Mut, ihre Friedlichkeit und ihre schiere Menge waren es, die ein Blutvergießen verhinderten.<sup>4</sup>

Nach diesem „Tag der Entscheidung“ breiteten sich die Bürgerproteste wie ein Flächenbrand in der ganzen DDR aus und stürzten schließlich die SED-Diktatur. Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin.<sup>5</sup> Vier Wochen später begannen Bürgerinnen und Bürger überall damit, die Dienststellen der Staatssicherheit zu besetzen, um Aktenvernichtungen zu stoppen. Runde Tische rangen der SED schrittweise die Macht ab. In einer Zeit, in der die staatlichen Strukturen zunehmend zusammenbrachen, übernahmen Bürger Verantwortung für den Fortbestand des Gemeinwesens und entwickelten Vorstellungen für die Organisierung freier Wahlen und den Übergang in die Demokratie.

Protest und Widerstand gegen die Diktatur hatte es vom ersten Tag ihres Bestehens an gegeben. Zehntausende büßten für ihren Mut und ihre Zivilcourage mit mehrjährigen Haftstrafen, viele, gerade in den frühen Jahren, auch mit dem Tod. Erinnerung sei besonders an den blutig niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Der Protest war dennoch nicht sinnlos. Immer wieder erinnerten sich Menschen, selbst in schwierigsten Situationen, an Menschenwürde, Demokratie und zivilisatorische Grundsätze und versuchten, diese umzusetzen. Diese demokratische Tradition wurde 1989 von der geglückten und zudem friedlichen Revolution gekrönt. Sie ist eine der wichtigsten geistig-moralischen Grundlagen des wiedervereinigten Deutschland.

Nutzen wir dieses Jubiläumsjahr, um uns zu erinnern, wovon wir uns 1989 aus eigener Kraft befreit haben. Nutzen wir es auch, um uns unserer demokratischen Leistungen bewusst zu werden. An vielen Orten gab es inzwischen vergessene Flugblattaktionen, Demonstrationen oder andere vermeintlich unscheinbare Beispiele von Zivilcourage oder Verweigerung. Erforschen wir diese und machen wir sie bekannt; der Jahrestag 2004 bietet

4 Vgl. Tobias Hollitzer, Der friedliche Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig – Kapitulation oder Reformbereitschaft?, in: Günther Heydemann u. a. (Hrsg.), Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 247–288.

5 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.

eine Chance sowohl zur Selbstvergewisserung als auch zur Aufklärung der Nachgeborenen und derer, die den demokratischen Aufbruch selbst nicht miterlebten.

Doch 15 Jahre nach der Selbstbefreiung von der kommunistischen Diktatur gibt es auch besorgniserregende Entwicklungen: Viele Menschen glorifizieren angesichts aktueller Probleme die DDR in ihrer Erinnerung. Daraus entsteht ein trotziges Ost-Gefühl, das absurde Blüten treibt: Jugendliche tragen die Symbole der Unterdrückung tausendfach auf T-Shirts und Jacken. Im Versandhandel, in Souvenirläden und selbst im Shop des Deutschen Historischen Museums sind sie erhältlich. Das Signet des MfS auf Zollstöcken, als Schlüsselanhänger oder Wandschmuck; das Emblem der SED auf Feuerzeugen; die Lieder von FDJ und Staatssicherheit auf CD gepresst: Woher kommt dieser unreflektierte, unkritische Umgang? Offenbar wird in der Schule zu wenig vermittelt, wird in den Elternhäusern zu vieles verklärt. Ein Übriges taten „Ostalgie-Shows“, die 2003 auf fast allen Fernsehkanälen liefen. Doch „Ost“ ist nicht „Kult“ – wie beispielsweise das ZDF meinte –, sondern „Ost“ steht für fast 40 Jahre SED-Diktatur. Die Shows würden nur den Alltag darstellen, hieß es aus den Redaktionen und von den Moderatoren. Gemeint war, dass nur der auf den ersten Blick unpolitische Teil der DDR gezeigt werden solle. Es ist jedoch gerade ein Merkmal von Diktaturen, dass es in ihnen keinen unpolitischen Alltag gibt. In den Sendungen traten fast nur Prominente auf, die schon zu DDR-Zeiten privilegiert waren und deren Alltag mit der DDR-Realität wenig zu tun hatte. „Diplomaten im Trainingsanzug“ nahmen ihre Funktion noch einmal wahr und schwärmten von der Überlegenheit des DDR-Sports, ohne ein Wort über das staatlich organisierte Doping zu verlieren. „Unsere Fernsehliebhaber“ traten auf, ohne die Zensur sämtlicher Medien auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Und wenn es sich doch einmal nicht vermeiden ließ, die Kehrseite des schönen Scheins anzusprechen, brach der Moderator ab oder zog die Bemerkung als Anekdote ins Lächerliche. Die so genannten DDR-Shows hätten zu wenigstens 80 Prozent anstandslos die SED-Zensur der achtziger Jahre passiert. Erich Honecker und sein Politbüro hätten ihre Freude an einer solchen Vielzahl von Agitationssendungen für den „Sozialismus in den Farben der DDR“ im (west)deutschen Fernsehen gehabt.

Die Shows glichen Kuriositätenkabinetten, die nichts, aber auch gar nichts zur Verständigung zwischen Ost und West beizubringen. Für die mentale Wiedervereinigung brauchen wir eine aufrichtige

und von gegenseitiger Akzeptanz geprägte Neugier auf den anderen. Nicht das in der DDR gelebte Leben steht zur Disposition, sondern die kommunistische Diktatur. Die teilweise gebührenfinanzierte Reduktion der DDR auf „Pfeffis“ und Spreewaldgurken sind kein Mittel, um wahrhaftig über das Wesen der DDR und das Leben in ihr zu informieren. Ostalgie-Shows verharmlosen die Gefahren, die der Demokratie durch totalitäre Ideologien drohen, und sind eine Verhöhnung der Opfer. Dass sich die Diktatur der Nationalsozialisten nicht auf Autobahnbau und geringe Arbeitslosigkeit reduzieren lässt, haben wir gelernt. Muss betont werden, dass sich das Alltagsleben in der DDR nicht auf Schulmilch und billige Mieten beschränkte? Nostalgie-Shows, die das Leben im „Dritten Reich“ auf den vermeintlich unpolitischen Alltag reduzieren, sind zum Glück undenkbar. Eine Ostalgiewelle zieht über das Land. Das klingt wie eine ansteckende Krankheit. Tatsächlich scheint es eine Krankheit zu sein, immer nur Facetten zur Kenntnis nehmen zu wollen. Doch wir müssen uns auch dem Leben in der zweiten deutschen Diktatur offen und ehrlich und vor allem in all seinen Facetten stellen. Nur dann werden wir den Wert heutiger Freiheit und Demokratie zu schätzen und ihn zu verteidigen wissen. Gerade die Beschäftigung mit dem Alltag in totalitären Regimen verdeutlicht, wie sich der Einzelne in solchen Systemen verhält und welchen Zwängen und Versuchungen er ausgesetzt ist.

Inzwischen gibt es eine ganz andere Art gesamtdeutscher Erinnerung. Seit August kommt es wöchentlich zu „Montagsdemonstrationen“ gegen die Arbeitsmarktreformen. Die Demonstranten berufen sich auf den Herbst 1989 und kopieren die Losungen. Eine lebhaft diskutierte ist darüber entbrannt, ob derlei historische Anleihen statthaft seien. Arbeitsminister Wolfgang Clement sah in ihnen „eine Zumutung, eine Beleidigung der historischen Montagsdemonstrationen und der Zivilcourage, die viele Ostdeutsche damals gezeigt haben“<sup>6</sup>. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dagegen fand den Rückbezug zulässig und attestierte den Ostdeutschen ein „tiefer gehendes Gerechtigkeitsbedürfnis“<sup>7</sup>.

Es gibt in der Tat eine Reihe von soziologischen Untersuchungen, die zum Teil große Unterschiede in den politischen und moralischen Bewertungsmaßstäben zwischen Ost- und Westdeutschen fest-

stellen. Die Frage bleibt: Was haben die Montagsdemonstrationen des Jahres 2004 mit denen des Herbstes 1989 gemein, außer, dass sie auch montags stattfinden? Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich würde mich jederzeit dafür einsetzen, dass jeder Mensch das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Demonstrationen nutzen darf. Schließlich war Demonstrationsfreiheit eine der zentralen Forderungen der Friedlichen Revolution. Fraglich ist jedoch, ob es moralisch legitim ist, sich bewusst in die Tradition von 1989 zu stellen. Genügt es, den Ruf „Wir sind das Volk“ abzuändern in „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir“? Damals war es ein Ausstoß der Verzweiflung und der Angst. Wehrlose und friedliche Demonstranten richteten ihn am 9. Oktober 1989 an die aufmarschierten, bewaffneten Volkspolizisten, die Volksarmee und die Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Mit ihm wollten sie sagen: Ihr seid zu unserem Schutz da, nicht zum Schutz der Diktatur. Angesprochen war auch die SED, welche die Demonstranten zuvor als „Rowdys“ verunglimpft hatte.

Weder die Ausgangssituation der Revolution von 1989 – unmündig gehaltene Bürger begehren friedlich gegen eine waffenstarrende Diktatur auf – noch die damaligen Probleme – das Fehlen wichtiger Grund- und Menschenrechte, der bevorstehende wirtschaftliche Kollaps des Landes – sind mit den heutigen Verhältnissen vergleichbar. Heute geht es um die Frage, ob die von der Regierung vorgeschlagene und auf demokratischem Weg gefundene Lösung für ein gesellschaftliches Problem (hohe Arbeitslosigkeit und leere Sozialkassen) von einem Teil der Gesellschaft für falsch befunden wird. Die Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989 – die übrigens in anderen Städten auch an anderen Wochentagen stattfanden – bezogen ihre große Kraft hingegen aus dem gesellschaftlichen Konsens, dass es mit dem staatlichen und gesellschaftlichen System als solchem so nicht weiter gehen konnte und Veränderungen unabdingbar waren. Dieser Konsens ging quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und alle Generationen. Als es dann um konkrete Projekte der Zukunftsgestaltung ging, entstanden schnell auch sehr unterschiedliche Positionen: Erinnerung sei nur an den Aufruf „Für unser Land“ von DDR-Intellektuellen gegen die Wiedervereinigungsforderungen der Demonstrationen. Dennoch blieben die Menschen nicht passiv, sondern setzten sich zu Tausenden dafür ein, dass ihre Forderungen und Vorschläge umgesetzt wurden. Als wichtiges Instrument für die Einbindung des Volkes in die Lösung anstehender Probleme hatten sich 1989 die Dialogveranstaltungen entwickelt, wengleich sie

6 Vgl. „Niemand der bedürftig ist, wird ohne Geld dastehen“. Interview mit Wolfgang Clement, in: Leipziger Volkszeitung vom 6. 8. 2004.

7 In der Bild am Sonntag vom 8. 8. 2004.

von der SED ursprünglich als taktische Manöver zur Verhinderung weiterer Demonstrationen geplant waren. Im Anschluss entstanden die „Runden Tische“, die der SED die Macht abrangen und politische Prozesse mitgestalteten. Bürgerkomitees besetzten die Stasi-Zentralen und sicherten Akten, andere Gruppen gründeten unabhängige Gewerkschaften. Es ging um Mitgestaltung und Demokratie, und als diese Forderungen am 18. März 1990 mit der ersten freien Volkskammerwahl weitgehend erfüllt waren, endeten in Leipzig auch die Montagsdemonstrationen.

Warum haben die Protestierenden von heute nicht die Möglichkeiten der demokratisch verfassten Gesellschaft genutzt und längst Vorschläge erarbeitet und öffentlich diskutiert? Dass grundlegende Reformen in Deutschland nötig sind, ist seit Jahren bekannt und sicher auch unstrittig. Im Verlauf des Herbstes 1989 und des Winters 1989/90 wurde aus der heute recycelten Losung „Wir sind das Volk“ der Ruf „Wir sind ein Volk“, mit dem die Einheit erstritten wurde. Wäre dies nicht ein Motto für Demonstrationen: die dringend notwendigen Reformen anmahnen, die wir als Gesellschaft im Ganzen angehen und durchstehen müssen? Dem Ruhrgebiet beispielsweise werden ebenso radikale Veränderungen bevorstehen, wie sie die sächsischen Braunkohlereviere nach 1990 erlebt haben. Weil die Reformen ganz Deutschland betreffen, brauchen wir wie im Herbst 1989 das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaft, die einen Aufbruch spürte und diesen gestalten wollte. Vielleicht erinnern sich viele, die jetzt demonstrieren, in ihrer unzweifelhaften persönlichen Not nur an das Gefühl von damals, das ein Leipziger Demonstrant mit den Worten auf den Punkt brachte: „Ich wollte einfach nur Masse sein.“<sup>8</sup>

Staatssicherheit, Volkspolizei und SED suchten 1989 fieberhaft nach Organisatoren der Montagsdemonstrationen und deren Hintermännern. Das war vergeblich, denn es gab keine. Die Menschen kamen aus eigenem Antrieb, und es wurden in Leipzig von Montag zu Montag mehr: Am 25. September 5 000, am 2. Oktober 20 000, am 9. Oktober 70 000 und eine Woche später schon 120 000. Kein Organisator rief sie, stattdessen drohte die SED mit Gewalt. Im Jahr 2004 melden Organisati-

onskomitees, Attac, die MLPD, das Aktionsbündnis „Soziale Gerechtigkeit“, das Sozialforum und andere Gruppierungen „Montagsdemonstrationen“ an. Andere Initiativen vom politischen Rand – die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ oder rechte Parteien – nutzen die Protestwelle ebenso wie die PDS, die als einstige SED die Misere im Osten zu verantworten hat. Schon streiten sich die Organisatoren in Leipzig, ob es zulässig ist, Politiker als Redner einzuladen, oder ob damit die vorgebliche parteipolitische Unabhängigkeit zerstört würde. Nun sollen sogar Blinde und Legastheniker berichten, wie sie mit den Anträgen zu Hartz IV zurechtgekommen sind.<sup>9</sup> Das ist zwar basisdemokratisch korrekt, dafür aber demagogisch. Das ehemalige Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, das 1989 die Montagsdemos diffamierte, stellt sich ungefragt an die Spitze der Bewegung, titelt auf Seite 1: „Heute Montagsdemos in 140 Städten“ und veröffentlicht eine Art Terminkalender mit Angabe von Stadt, Uhrzeit und Ort, natürlich „ohne Gewähr“.<sup>10</sup> Spätestens hier beginnt eine historische und politische Beliebigkeit, der man entgegentreten muss, damit die Anliegen von 1989 nicht beschädigt werden.

Die Friedliche Revolution von 1989 ist ein herausragendes Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte. Doch je weiter die Ereignisse zurückliegen, umso mehr verschwimmen die Fakten. Daher ist es eine wichtige Pflichtaufgabe des Staates, Gedenkstätten zu erhalten, die an die SED-Diktatur erinnern, bürgerschaftliches Engagement, das sich um die Aufarbeitung bemüht, zu fördern und die politische Bildungsarbeit, vor allem auch an den Schulen, zu unterstützen. Es muss gelingen, die Kraft der kollektiven Erinnerung an 1989 sinnstiftend für eine gemeinsame deutsche Erinnerung und Identifikation fruchtbar zu machen. Unter diesem Aspekt ist der Nationalfeiertag am 3. Oktober das denkbar schlechteste Datum. Es ist zwar technisch korrekt gewählt, aber Emotionen verbindet mit diesem Tag niemand. Der 9. Oktober, der Tag, an dem sich 1989 alles entschied, sollte zum Gedenktag für ganz Deutschland werden, an dem sich die Menschen in Ost und West gemeinsam und selbstbewusst der Demokratie vergewissern.

<sup>9</sup> Vgl. Montagsdemos: Protestgruppen stimmen sich ab, in: Leipziger Volkszeitung vom 23. 8. 2004, S. 11.

<sup>10</sup> Neues Deutschland vom 23. 8. 2004, S. 1 und 2.

<sup>8</sup> T. Höllitzer/R. Bohse (Anm. 1), S. 448.

Reinhard Bernhof

## Leipziger Protokoll

Am 16. Oktober 1989 stand ich nachmittags vor der Nikolaikirche. Sie zu betreten war nicht möglich. Es galt wohl noch immer, was ich später in einem chiffrierten Fernschreiben der SED-Bezirksleitung Leipzig an Egon Krenz las, nämlich dass vorbeugende Maßnahmen gegen „negativfeindliche Handlungen von Kräften des politischen Untergrunds im Bereich der Leipziger Innenstadt (Schwerpunkt Nikolaikirche, Thomaskirche und Reformierte Kirche) durch Mitglieder der Partei in Größenordnungen zu ergreifen sind, die das Auftreten konterrevolutionärer und rowdyhafter Elemente ausschließen. Dazu sind am 9. Oktober 1989 – 15.00 Uhr – aus dem Stadtparteiaktiv, dem sozialistischen Jugendverband, der Gewerkschaft 5 000 Partei-, FDJ- und Gewerkschaftsmitglieder auf dem Vorplatz der Nikolaikirche zu formieren. Bei diesem Einsatz ist zu sichern, daß mit Öffnung der Nikolaikirche zum ‚Gebet‘ sofort 2 000 Parteiaktivisten im Innenraum Platz nehmen und der Zugang negativer Kräfte weitgehend eingeschränkt wird. Die Mitglieder der Partei und FDJ, die nicht im Kircheninnern Platz finden, übernehmen den Auftrag, die Formierung negativer Kräfte auf dem Kirchplatz zu verhindern. Es ist eine Reserve von 500 Genossen zu schaffen, die bei beabsichtigten Veranstaltungen in der Thomas- und Reformierten Kirche sofort zum Einsatz kommen kann.“

Ich ging in das gegenüberliegende Fachbuch-Antiquariat, wo ich mich manchmal aufhielt. Über das Pflanzenbuch in meiner Hand hinweg blickte ich immer wieder auf den Kirchplatz. Zu zweit und zu dritt standen einige mit dem Rücken zum Schaufenster, trafen wie zufällig aufeinander, sahen sich verunsichert um. Einzelne Leute strichen über den Vorplatz, kamen wieder zurück. Ein hagerer Mann mit grimmigen Zügen und strenger Entschlossenheit schaute auf die Uhr. Ich blätterte und bewunderte die farbigen Abbildungen eines Ginkgobaumes. In einem Fachbuch der ehemaligen Leipziger Firma Bleichert, die einst Seilbahnen baute, in der DDR hieß sie „TAKRAF Paul Fröhlich“, sah ich mich in einer Gondel zwischen Eisgletschern zur Zugspitze oder zwischen Palmen und Meeresrauschen auf den Zuckerhut fahren.

Als ich erneut nach draußen blickte, sah ich bereits eine Menschenmenge. Jugendliche direkt vor dem Kircheneingang winkten keck einer Kamera entgegen. Auch ich hatte ihr Rotieren auf dem Dach des gegenüberliegenden Pelzzentrums registriert. Gespannt wartete jeder auf das Ende des Friedensgebets. Von westlichen Kameraleuten nicht die geringste Spur. Sie hatten strikte Auflagen, sich außerhalb der Hauptstadt nicht mehr in Richtung „Realexistierendes“ zu begeben.

Langsam verließ ich das Antiquariat. Es waren inzwischen vielleicht ein- oder zweihundert Menschen versammelt, manche von ihnen gewiss jene Beordneten. In wenigen Minuten, aus der Kirche tretend, würden sich die frommen Genossen unter das Volk mischen. Doch wie wollten sie in dem Gewimmel ihre Parteilichkeit beweisen? Ihren Klassenstandpunkt? Den meisten, nahm ich an, waren diese Gedanken nur peinlich, und sie würden eilig weggehen.

Jemand tippte mich von der Seite an. Sylvia Kabus stand neben mir, außer Atem. Von wo war sie gekommen? Ich ging mit ihr zurück ins Antiquariat und besprach das dritte Heft unserer illegalen Literatur-Zeitschrift „Umfeldblätter“. Sie hatte mir die dafür in Frage kommenden neuen Texte von dem Physiker Karl-Peter Dostal, der an der Karl-Marx-Universität lehrte, Aphorismen von Horst Drescher und den Essay „Die maßlose Gesellschaft“ von Winfried Völlger mitgebracht. Völlger, der in Halle lebte, hatte diesen Essay als Diskussionsbeitrag im Mai 1989 anlässlich der Tage der Kinder- und Jugendliteratur, die im Bezirk Leipzig stattfanden, gelesen, und es hatte sich sofort herumgesprochen: Ich warf einen kurzen Blick auf Völlgers Seiten – und sofort hakten sich einige Sätze bei mir ein: „Wo der Handlungsspielraum sich verengt, wo das Meer Freiheit durch immer perfektere Reglementierungen eingeengt wird zur schmalen Fahrrinne, wo also Freiheit verloren geht, verlieren die ethischen Werte ihren Sinn als Navigationsinstrumente, sie büßen ihre soziale Funktion ein. Es kommt zur ethischen Inflation.“

Unmerklich, ich traute meinen Augen kaum, hatte sich der Platz mit Menschen gefüllt, die von der Ritterstraße, Goethestraße, Reichsstraße sternför-

mig herbeieilten. Da gingen die Türen von St. Nikolai auf. Die ersten strömten heraus, sahen sich verstört um. Schwerfällig aussehende Männer von kleinem Wuchs, ältere Jahrgänge, in Mänteln, mit Aktentasche. Stets ihr sächsischer Akzent, singend und schleppend, in meinen Ohren. Ein bleicher dicker Mann, der mit abwesender Miene vor sich hinstarrte. Das kreisrunde Gesicht von glatter, glänzender Haut. Vielleicht hatte er vorher in irgendeinem Amt, einer Abteilung gearbeitet, war nun benommen. Oder ich täuschte mich und es war der Bischof persönlich?

Sie tauchten unter in der anschwellenden Menge. Unversehens standen wir in einer Drängelei und hatten kaum noch Platz für den kleinsten Schritt. Einklemmt zwischen Schultern, Rücken und Ellenbogen. Die ersten Chöre: „Neues Forum zulassen!“, als wäre es bereits eine Größe mit festen Strukturen. Andere riefen „Gorbi, Gorbi!“ Der Perestroika-Vater erschien uns wie ein Schutzheiliger für den Fall, dass bei den Machträgern die Glühfäden im Gehirn durchbrannten.

Langsam begriffen wir, dass wir uns nicht bewegten, sondern gedrückt, getragen, gehoben wurden und Teil eines ganz anderen Körpers waren, der sich Zentimeter für Zentimeter in Richtung Ritterstraße, Grimmaische Straße wälzte. Aber da ließ die Kraft hinter uns plötzlich nach. Ein kleiner leerer Raum um uns. Eine Luftblase, zum Atmen. In der Grimmaischen stauten wir uns erneut, in eine noch größere Menge hineingepresst, die sich vom Markt zum Karl-Marx-Platz drängte. Staunen, gegenseitiges Anstaunen, dass jeder zu den vielen gehörte. Wir sind das Volk, unkten manche. Das war der erste unerhörte Eindruck. Vielleicht, weil jeder den anderen bislang für einen Opportunisten, Duckmäuser, Feigling, für einen Begrabenen gehalten hatte.

Eine Gruppe mit Kameras, in Kutten, mit Schals und langen Haaren. Ein Filmer rief: „Wir sind von Babelsberg!“ Sie wurden von einigen argwöhnisch beäugt. Die Stadt voller Dissidenten, dachte ich, spontan und friedlich. Hiergebliebene! Ein Mann neben mir reckte sich: sein langer Hals und sein nach hinten gedrehter Kopf. Er versuchte abzuschätzen, wie viele es sein könnten. Sprünge, erstaunte Ausrufe. Bis ich ebenfalls – nach hinten blickend – sprang. Jeder fühlte sich wie berauscht und neu beatmet. Gemeinsam nun in einer einzigartigen, nie dagewesenen Konkretheit. Qualität und Selbstbewusstheit zugleich. Waren es bereits Fünfzigtausend? Hunderttausend?

Gleich würden wir die Goethestraße überqueren, eingekleilt, ohne eigentlich gehen zu können. Über-

all Menschen. Wenn sie heute nicht eingreifen, dann haben wir gewonnen, dachte ich, kann es am nächsten Montag zu einer noch größeren Demonstration kommen. Doch als Held fühlte sich keiner. Die meisten wunderten sich wohl nur über sich selbst, über ihre Neugier, über die abgeschüttelte Angst und plötzlich aufgekommene Zivilcourage. Sie zeichnete sich als Freude in den Gesichtern ab und würde sich langsam auf die noch Unentschlossenen übertragen. Irgendetwas Neues schien anzufangen, gepaart mit Hunger nach Aktion, das Bedürfnis, sich auf die Straße und nur auf die Straße zu begeben. „Keine Gewalt! Neues Forum zulassen! Erich, laß die Faxen sein, hol die Perestroika rein! Stasi raus! Schließt euch an!“ Zehntausende drückten sich mit einem Mal präziser aus als vierzig Jahre Gesellschaftswissenschaften. Die Theoretiker hatten längst vergessen, dass es jenes Volk noch gab, stets unter Verschluss gehalten in Reagenzglas und Glaskolben, kampagnegeschützt, im Labor für Endzeitexperimente.

Wie hatte der Medizinstudent bei meiner Kontaktstunde über die erste größere Demonstration gesagt? „Nirgends einer, der anführte. Jeder ein Anführer durch sein Dabeisein.“ Keiner hatte einen Stein in der Hand. An den Springbrunnen in der Grimmaischen Straße hätte man sich nur zu bücken brauchen. Steine waren so reichlich vorhanden, daß sie etliche Lastwagen hätten füllen können.

Plötzlich, nur wenige Meter von uns entfernt, das erste Transparent. „Jetzt oder nie, Freiheit und Demokratie!“ Sofort sprang ein junger Mann daran hoch und zerrte es herunter. Demonstranten griffen ein, ein Handgemenge. Schließlich konnte es zurückerobert werden, die beiden Träger streckten es mit freudigem Gesicht wieder hoch. Beifall und Jubelschreie. Es bildete sich sogar eine Gasse, durch die der Provokateur, ohne angegriffen zu werden, entschwinden konnte.

Nicht die leisesten Anzeichen von Gewalt. Doch aus den Lautsprechern des Stadtfunks ertönten ständig Mahnungen von Funktionären und Persönlichkeiten, ausgehend vom Krisenstab der SED-Bezirksleitung, um beschwörend und mit indirekten Drohungen von einem Weitergehen abzuraten. Der Vorsitzende der liberalen Blockpartei pries sich in voller Inbrunst an, jederzeit für einen Gedankenaustausch zur Verfügung zu stehen, als hätte er vorher keine Zeit dafür gehabt, keine Gedanken besessen, als wäre er, der stets wie alle anderen Blockfreunde so beredt geschwiegen hatte, nun mutig und aufrichtig geworden und bereit, geeignete Sätze zu produzieren, die hätten

beeindrucken können. „Aber nicht auf der Straße!“ lockte er. Der Gewandhaus-Kapellmeister Kurt Masur verblüffte mit der simplen Erkenntnis, „dass bei uns vieles in Bewegung geraten ist, und dass es gut ist, dass es in Bewegung geraten ist. (. . .) Man darf mit seiner Meinung nicht hinterm Berg halten.“ Ins Gespräch wollte auch er kommen.

Der Wahrener Pfarrer Gottfried Schleinitz zitierte die Bibelworte: „Suchet der Stadt Bestes!“ und gab den Demonstranten zu bedenken, ob jenes das Beste sei, was auf der Straße ausgehandelt werden solle. Erneut zitierte er die Bibel: „Suchet Frieden und jaget ihm nach. Wem jagt ihr nach, oder was jagen wir?“ Er nannte den Propheten Jeremia und den Apostel Paulus. Sie waren vor Jahrtausenden ebenso ohnmächtig gewesen wie er in dieser Minute. Eindringlich bat er: „Aber wirklich keinerlei Gewalt. Was uns bleibt, ist die unbewaffnete Hoffnung.“ Pfarrer Schleinitz hat selbst an den Demonstrationen teilgenommen und war über seine Worte, als er sie im Stadtfunk hörte, erschrocken. Stunden zuvor, „von Angst beherrscht, sie war greifbar und begründet“, wie er mir später sagte, hatte er sie aufs Band gesprochen und den Krisenstab in der SED-Bezirksleitung gebeten, sie nur bei äußerster Gefahr zu senden. Die richtigen Worte zur falschen Zeit, am falschen Ort, resümierte er hinterher seine Botschaft.

Ich hatte es auch so empfunden, denn keiner der Demonstranten drohte mit der Faust. Ein jeder war überzeugt davon, sich auf dem richtigen Weg zu befinden. Die ersten Pfiffe dann, als einer der SED-Sekretäre davon sprach, dass viele den in Gang gekommenen Dialog angenommen hätten. Die Pfiffe wurden lauter, als der alte Agitator von Frieden, Freiheit und Demokratie sprach. Mit autoritärem Pathos rief er: „Unsere Partei bekennt sich zu Veränderungen und will sie. Dafür ist die Straße weder Ort noch Mittel, deswegen bitten wir Sie: Gehen Sie besonnen und ruhig auseinander, damit gemeinsames Handeln möglich wird.“ Es klang dennoch wie eine Polizeistimme, auffordernd. Nichts war in den vergangenen Jahren mehr beschworen worden als das „gemeinsame Handeln“. Sie prallten ab, diese Worthülsen, und riefen nur Kopfschütteln hervor.

Wie aus einer Wand tretend, sah ich vereinzelt Jugendliche. Ihre Arme lösten sich vom Körper. Einer winkte. Andere fassten Mut, traten aus der Masse, begannen lachend loszulaufen. Für Sekunden – wie erstarrt sah ich es – stand eine Komposition von sechs, sieben jungen Leuten mitten auf dem Georgiring, direkt vor der Post. Ob diese ihre

Schritte in zehn oder 20 Jahren als Denkmal nachgestaltet werden würden: Schritte aus dem Stein? Manche Autofahrer kurbelten das Fenster herunter, lächelten. Ich glaubte zu träumen. Lief wie in den Siebzigern jeweils zum Mai-Ersten mitten auf dem Georgiring. Damals waren noch dreihundert- bis vierhunderttausend Herbeibefohlene an der Ehrentribüne vorbeimarschiert, waren wir alle noch *Revolutschonöre*. Ikonografie und Spruchbänder für die großen Erfolge. Ich schrieb an meinem Buch „Im Schatten der Kolossalfiguren“: Höfisches Gewinke / zu den Spitzen des Bezirks / treppauf / ordensbeschuppte Militärs / unhörbar klatschend / Phlegma-Gesichter / die gelangweilte Blicke durch Lider filtern / fischäugig über Brillen hinweg.

Jetzt standen an der Stelle, wo einst die Tribüne war, nur zwei Rentnerinnen und ein Rentner mit einem Terrier abgewandt vor dem Deli-Feinkost und schauten verwundert zu den Demonstranten. Beim Erreichen der Fußgängerbrücke, die wir „Blaues Wunder“ nannten, winkten uns Schaulustige zu. „Schließt die Lücke – runter von der Brücke!“ In breiter Front, fast beide Fahrbahnen ausfüllend, schwenkten die Demonstranten ein zum Dittrichring. Nirgends ein Transparent. Eine gespenstische Masse, begierig in Erwartung der Stasi-Zentrale.

„Stasi in die Volkswirtschaft! Pressefreiheit! Reisefreiheit!“ Zwei junge Frauen neben mir jaulten wie Wildkatzen. Ihre Gesichter puterrot, ihre Stirnadern geschwollen. Es war nicht mehr die Entspantheit der Physiognomien wie noch vor wenigen Minuten auf dem Georgiring, am Hauptbahnhof oder unter dem „Blauen Wunder“. Hier, an der „Runden Ecke“, kam in alle Gesichter eine andere Dynamik, entlud sich eine Energie, die in dieser Heftigkeit und Stärke keiner erwartet hätte. Eine Rollstuhlfahrerin drohte mit der Faust und blies ständig ihre Trillerpfeife. Wir klatschten ihr entgegen. Sie rief: „Ich bin sechsundsiebzig und laufe noch wie geschmiert!“

Das Pfeifkonzert wurde schriller. Ich schloss die Augen. Meine Schultern brannten. Dann wieder die vielen Gesichter. Nirgends ein Mund, den nicht die Bitterkeit eines Fluches bewegte. Schreie aus der Tiefe des Bauches, verzerrte Gesichter. In diesem Moment wusste ich, dass sich das unheimliche Haus, vor dem wir standen, das Bollwerk der Gewalt, von diesem Orkan der Wut und des Hasses nicht mehr erholen würde. Obwohl es fest und uneinnehmbar im Dunkeln stand, ohne Licht in den Fenstern. Doch wer ahnte nicht, dass sich hinter diesen Mauern dienstbare Ohren befanden. Sie

würden den Protest bis nach Wandlitz weiterleiten, in geheime Zimmer, vollgestopft mit Elektronik.

Jetzt werden sie in ihren allwissenden Kollektiven sitzen und zittern, dachte ich, so als würde ein Meteorit aus der grenzenlosen Weite des Himmels langsam und unabwendbar auf sie zu rasen. Sie werden ihre hermetische Welt nicht mehr verstehen, ihre Weltanschauung, in der sie gefangen leben, ohne wirklich ihr eigenes Land zu erkennen. Nester von Kerzen. Ihre Flammen mahnten zur Besonnenheit. Das Neue Forum hatte eine Menschenkette vor dem Haupteingang dieser Bezirksbehörde gebildet. Einige Personen, die ich kannte, hatten dort ihre Familienangehörigen an die Hand gefasst. Riefen besänftigend den in Hitze gekommenen Gesichtern entgegen: „Geht weiter!“ Wer fühlte nicht, dass in dieser Erregung alle Hemmungen überwunden waren. Heute weiß ich, wie richtig das Neue Forum damals gehandelt hat, als es das Gebäude schützte. Denn für die Objektverteidigung hatte es klare Befehle gegeben. „Wenn Mitarbeiter angegriffen worden wären, ich weiß nicht, wie ich mich entschieden hätte“, sagte später der Leiter der Bezirksverwaltung, Generalleutnant Manfred Hummitzsch, in einem Interview.

Im Hintergrund, auf der rechten Seite des Gebäudes, nur eine kleine Berufsriege von Bewachern in Drilllichzeug. Ohne Helme, Visier und Nackenschutz. Ohne „Bunanudeln und RW“ (Reizwurfkörper). Ohne Pistolen und Hunde. Ohne Schützenpanzer. Ohne Stahlkolosse mit Räumpflügen. Ohne MP mit je sechzig Schuss Munition, wie sie noch wenige Tage zuvor zu sehen gewesen waren. Diese Riege wirkte harmlos, schüchtern. „Zieht Euch um!“ Die MfS-Soldaten sahen uns an, lächelten, als wollten sie sagen: Seht, wir sind nicht mehr bewaffnet. Sind schon halb umgezogen. Stehen nur noch da.

Unsere Lungen waren erschöpft. Mit unverbrauchter Energie und Frische tobte der Orkan hinter uns weiter, ungebrochen grell, elementar. Sylvia und ich waren am neuen Gebäude des Datenzentrums vorbeigelaufen. Kein Licht in den schmalen Fensterschlitz. Was wird mein Etagennachbar, Professor für Bauwesen, jetzt denken und tun, kam es mir in den Sinn, der Direktor dieses Hauses. Wird er sich noch im Gebäude befinden, in erhöhter Alarmbereitschaft? Aus dem Dunkeln herunterblicken auf das konterrevolutionäre Treiben? Einige Wochen später fragte ich ihn im Hausflur danach, und er bestätigte mir, dass er tatsächlich dort gewesen sei. Unbegreiflich für ihn, dass sein „Rad der Geschichte“ plötzlich Achsenbruch hatte.

Vor der Thomaskirche vereinzelte Polizisten. Demonstranten diskutierten mit ihnen. Wir kommen wieder! Ja, das werden wir, sagte ich. Sylvia verabschiedete sich von mir. Sie hatte ihren Trabant am Hauptbahnhof abgestellt. Mein Auto stand am Dimitroff-Museum. Nur wenige Fahrzeuge begegneten mir auf der Heimfahrt. Als ich kurz nach 21 Uhr zu Hause war, rief ein Korrespondent aus Amsterdam an. Er fragte, ob ich auch schwarz-rot-goldene Fahnen gesehen hätte. Ich war perplex und erzählte, dass nach Meinungsfreiheit und nach Demokratie gerufen worden sei. Er wollte sich wieder melden.

Am nächsten Tag Empörung in fast allen Zeitungen. Aufgrund der Demonstration sei der Verkehr zusammengebrochen. Trotz der Aufrufe von Leipziger Persönlichkeiten habe sich wieder ein Zug formiert. Transparente seien aufgetaucht: Dialog statt Gewalt! Mehr tun für die Umwelt! Transparente hatte ich nicht gesehen. Die „Volkszeitung“ schimpfte, dass Demonstranten immer wieder Abkürzungen durch Grünanlagen suchten. Als ungereimt empfand sie auch, dass manche Berufsverbot für einen Kommentator des DDR-Fernsehens gefordert hätten. Gemeint war Karl-Eduard von Schnitzler. Die „Volkszeitung“ konnte nicht fassen, daß viele Bürger, die sie als ihr Volk interviewen wollte, nicht bereit waren, etwas zu sagen, als sie bemerkten, dass es Reporter eben jenes Blattes waren.

Wie falsch war auch die Berichterstattung über die Situation vor der Stasi-Zentrale: Volkspolizisten, die den nahe gelegenen Gebäudekomplex der Behörde der Deutschen Volkspolizei sichern, schlägt ein gellendes Pfeifkonzert entgegen. Erst in einem hinteren Komplex, im Barfußgässchen, befand sich der Eingang der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Warum sollte ausgerechnet sie mit Pfiffen und Buh-Rufen belagert worden sein? Zuletzt das Lamento, dass zweieinhalb Stunden keine Straßenbahnen über den Ring fahren können. Die Zeitung ließ sogar den Technischen Direktor der Verkehrsbetriebe sprechen. 320 Fahrten waren ausgefallen. Tausende – vor allem Mitarbeiter von Handels- und Dienstleistungseinrichtungen – hätten vergeblich auf ihre Bahn gewartet. Aber an den Haltestellen war niemand zu sehen gewesen. Alle waren demonstrieren.

Im Radio forderte plötzlich sogar das Politbüro eine umfassende Volksaussprache, „um das weitere Gedeihen des sozialistischen Vaterlandes zu gewährleisten“. Als sei der bisherige Sozialismus attraktiv und bedürfe noch einer Steigerung, wäh-

rend sich seine Repräsentanten in eine hoffnungslose Sackgasse manövriert hatten. Und die Greise riefen: „Dialog ist unsere Politik!“ Hatte es je einen Dialog gegeben mit den Ureinwohnern von Wandlitz? Auch die SED-Bezirksleitung sagte jetzt, dass ein „offenherziges und vertrauensvolles Aufeinanderzugehen“ unerlässlich sei, davon habe sie sich auch am letzten Montag leiten lassen. Gemeint war die Erklärung vom 9. Oktober im Leipziger Stadtfunk, die jedoch in fünf Sätzen nur das wiedergab, was Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen, das Neue Forum, die vielen Pfarrer der Stadt und Landesbischof Hempel stets forderten: „Keine Gewalt! Besonnenheit, friedliches Sprechen.“ Nur wurde ihnen die Öffentlichkeit verweigert.

Umso verwirrter und unsicherer war die örtliche Bezirksbehörde des Ministeriums für Staatssicherheit, wie sich später erwies. Ihr Leiter verstand nicht, „warum nicht einer von den drei beteiligten Herren der SED-Bezirksleitung den allgewaltigen und gefürchteten Stasi-Chef angerufen und gesagt hat: Mach alles, damit es nicht zur Konfrontation kommt. Es lag doch mit in meiner Hand, was gemacht wurde. Ich hätte doch diese riesige Last der Verantwortung mittragen müssen, wenn ein Demonstrant oder einer von den MFS- und VP-Leuten die Nerven verloren hätte.“ Zumindest hatte der General seinen Leuten verboten, Waffen zu tragen, und zwar „gegen die Dienstvorschriften des Ministers“.

Erst durch den Druck der Straße und durch neue Anweisungen der Parteileitungen probierten viele Genossen und Professoren erstmalig den öffentlichen Dialog als neue soziale Verhaltensform, den zwei Generationen in ihren Lebenserfahrungen, aber auch in ihren Verhaltensmotiven nicht gekannt hatten. Tatsächlich schien es, als gestatte die Situation ihnen für Sekunden eine historische Erfrischung, eine persönliche Belebung. Wie schön klangen nun ihre Sätze, als sie feststellten, eine Presse zu benötigen, in der das Volk mit seinen Erfahrungen zu Worte käme. Auch die SED-Bezirksleitung sprach mit den Leipziguern, als seien es ihre vertrautesten Freunde. Geduld und Beharrlichkeit forderten sie plötzlich und ein gütliches Aufeinanderzugehen. Herrschte auch nicht immer Einigkeit in den Wegen, so doch im Ziel der Gespräche: Wie gestalten wir für uns eine attraktive sozialistische DDR, der keiner mehr den Rücken kehrt?

Dennoch distanzieren sie sich immer heftiger von denjenigen, die nun begannen, um den Kern dieser Stadt zu laufen. Auf den Ring gingen die Verführten, in die Hörsäle und Foren strömten die ehrlich Gesonnenen, die Intelligenteren. Ich hielt mir fast die Ohren zu, so diskussionsfreudig waren auf einmal die jahrzehntelangen Schweiger der SED, CDU, LDPD, NDPD. Sie spannten all ihre Künstler und andere Persönlichkeiten ein, um sich an die Spitze der Bewegung zu befördern und Dialoghäuser zu schaffen. Dialog war in wenigen Tagen zu einem Schlagwort geworden. Es klang schon wieder wie eine Kampagne: sich verpflichtet zu fühlen, sich stets verpflichtet zu fühlen zu dem, was alle für ihre Pflicht hielten. Wie sollten wir diesem zunehmenden Willen zum Gespräch Glauben schenken, für Besseres zu streiten, wenn die Forderungen des Neues Forums weiterhin verschwiegen wurden? Es war nicht zugelassen und wurde ständig bedroht. Am 19. Oktober, bei einer Diskussion in der Moritzbastei mit 1 500 Teilnehmern, erhob sich aus einem heftigen Disput die Forderung nach Zulassung des Neuen Forums. Doch ihre Vertreter wurden nicht in das Präsidium gelassen, weil Roland Wötzel, Bezirkssekretär der SED, sich nicht mit einer „staatsfeindlichen Organisation“ an einen Tisch setzen wollte. Hatte er sich nicht am 9. Oktober in dem gemeinsamen Aufruf für Dialog ausgesprochen? Was war davon übriggeblieben?

Das Neue Forum wird bald zugelassen, sagte mir Wolfgang E. Schütte, ein Schriftstellerkollege. Wir trafen uns zufällig vor der Hinrichschen Buchhandlung in der Mädlerpassage. Aber nur als Partei, fügte er hinzu. Als Partei verstehen wir uns weniger, sagte ich. Mehr als Bewegung bewegter Bürger mit Zivilcourage. Gewiss nicht als Ergänzung zum Blockflötenspiel in der Nationalen Front. Das war doch 1949. Ein Anachronismus. Ich lachte ihn an und sah ein unergründliches Funkeln der vergrößerten Augen hinter seiner eloxierten Brille.

Zu Hause erreichte mich der Anruf eines weiteren Kollegen, Mitglied der LDPD. Seine plötzliche Freundlichkeit kam mir vor wie Geschmuse. Er wolle mich demnächst besuchen und doch noch den „Aufruf unterschreiben“. Ob Bürgerbewegung oder Partei. Eine neue Fahne, regenbogenfarben, war das Neue Forum allemal. Sie war ein Flattern zwischen Empörung und Mut.